

Ronald Schminke MdL / Rede 16. Febr. 2011 Plenum

**Zersplitterung des Tarifvertragssystems verhindern –
Tarifeinheit sichern.**

Herr Präsident,

verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Tarifautonomie und Tarifeinheit sind unverzichtbare Rechtsnormen des historisch gewachsenen Koalitionsrechts aus Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz und wir Sozialdemokraten möchten mit unserem Antrag diesen friedensstiftenden Kernbereich deutschen Tarifrechts auch weiterhin ohne wenn und aber absichern!

Wir haben gute Verbündete, denn auch der Bundesrat sowie die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände und der Deutsche Gewerkschaftsbund sehen dringenden Klärungsbedarf, nachdem der 4. Senat des Bundesarbeitsgerichts die bisherige Rechtssprechung zum Grundsatz der Tarifeinheit bei Tarifpluralität verworfen hat.

Wir brauchen deshalb schnellstens Neuregelungen, um drohende Tarifzersplitterungen und Spaltungen der Belegschaften innerhalb eines Betriebes zu vermeiden, meine Damen und Herren.

Bisher stand die Tarifeinheit nie im Streit, es gab die Verantwortung der Tarifvertragsparteien. Gemessen an der Konfliktfreudigkeit der Arbeitnehmer europäischer Nachbarländer, hätten die Tarifpartner bei uns schon längst einmal den Friedensnobelpreis bekommen müssen.

Davon haben wir alle profitiert, das war gut und wir wollen auch zukünftig geordnete Verhältnisse in unseren Betrieben und Unternehmen, das ist und wichtig. Aber genau deshalb brauchen wir klare Rechtsnormen, die den sich abzeichnenden Konflikt durch konkurrierende Tarifverträge und verschiedene Gewerkschaften innerhalb eines Unternehmens verhindern, meine Damen und Herren.

Wir wollen keine englischen Verhältnisse, wo Streiks an der Tagesordnung sind und letztlich ein enormer wirtschaftlicher Schaden entsteht und wo sich niemand dauerhaft auf kalkulierbare Arbeitsbedingungen einrichten kann. Ähnlich ist es in Frankreich, die Statistik der durchschnittlichen Streiktage belegt das sehr eindrucksvoll.

Nun liegt dem Bundesrat ein Entschließungsantrag des Landes Rheinland – Pfalz vor, der exakt das Ziel verfolgt, auch zukünftig nur den Tarifvertrag anzuwenden, der auf die Mehrzahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer im Betrieb anzuwenden ist. Das finden wir richtig und das ist zielführend, konsequent und logisch zugleich.

Ferner wäre mit dieser Regelung, - so wie bisher- auch eine Friedenspflicht verbunden. Es macht absolut keinen Sinn, einer völlig unbedeutenden Mächtegergewerkschaft den Status zu verleihen, einen Streik durchzuführen, während 95 % der

Arbeitnehmerschaft mit einem guten Tarifvertrag ausgestattet ist und lustig weitermalocht.

Das widerspricht auch völlig der Lebenswirklichkeit, denn gerade die Christlichen Gewerkschaften haben gar nicht die Kraft, die Logistik und die men – power, einen Streik durchzuführen. Die schreiben Tarifverträge ab, verschlechtern die Konditionen, machen dicke Backen und es kommt nur heiße Luft, das ist die Wahrheit und Schmarotzertum wollen wir nicht. Bei allem Wohlwollen für die LINKEN und die GRÜNEN, die sich offensichtlich so vehement für diese Minigewerkschaften einsetzen wollen, überdenken sie das bitte noch einmal, denn es geht hier nicht um die Spartengewerkschaften wie die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) oder der Vereinigung Cockpit oder den Marburger Bund der Ärzte oder anderer Gewerkschaften, denn die haben ja ihren Status als repräsentative Gewerkschaft durch die klare Mehrzahl der Mitglieder.

Und sie erfüllen auch die klassischen Voraussetzungen für eine Gewerkschaft, weil sie mächtig, durchsetzungsfähig und in der Lage sind, erfolgreich einen Arbeitskampf zu führen. Sie würden also keinen Schaden nehmen, sondern deren Tarifvertrag würde weiterhin angewendet werden.

Nun aber noch eine klare Ansage für die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP.

Ihnen geht es hier heute um etwas anderes.

Sie beweisen mit ihrer Haltung Kontinuität, sie sind nämlich verlässlich unbestimmt und wie immer zu keiner klaren Positionierung bereit.

Sie haben keine eigene Meinung, sie schielen auf Berlin, weil dort noch eine Anhörung läuft, toll, ja wirklich prima, aber mal ehrlich, sind Sie gemeinsam mit dieser Landesregierung wirklich schon so weit abgewirtschaftet, dass sie ihre eigene Position hier nicht mehr artikulieren können?

Oder zwingt Sie wieder einmal die FDP und insbesondere Frau König dazu, hier wieder einmal so feige zu agieren?

Was sagen Sie eigentlich den Unternehmern, die keine chaotischen Zustände in ihren Unternehmen wollen, Frau König? Die sind auf unserer Seite, so wie die Gewerkschaften auch. Was ist da bloß los bei Ihnen? Sie kriegen ja gar nichts mehr auf die Reihe, für wen steht die FDP eigentlich noch?

Meine Damen und Herren, nun kommen Sie mal wieder zur Vernunft, denn hier geht es um mehr, als um Ruhe und Ordnung in den Unternehmen. Es geht auch um die verfassungsrechtliche Stellung der Arbeitgeberverbände und der Gewerkschaften insgesamt.

Darum stimmen Sie unserem Antrag zu. Fordern wir gemeinsam unsere Landesregierung dazu auf, wenigstens den Entschließungsantrag von Rheinland – Pfalz im Bundesrat zu unterstützen.

Glück Auf.